

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 24. und 25.02.2022

Zur 7. Sitzungsperiode des Landtages standen 23 Themen auf der Tagesordnung, über die am 24. und 25. Februar debattiert und abgestimmt wurde.

#Frieden

Landtag bekräftigt Solidarität mit der Ukraine

Aufgrund des Angriffs von russischen Truppen auf die Ukraine hat sich der Landtag von Sachsen-Anhalt mit einer gemeinsamen Erklärung der fünf demokratischen Fraktionen positioniert. In der Debatte zur Regierungserklärung drückte der *europapolitische Sprecher Wulf Gallert* seine Erschütterung über den Angriff auf die Ukraine aus und forderte auf, die Perspektive der Menschen einzunehmen und unseren humanistischen Verpflichtungen nachzukommen. Das gelte auch gerade jetzt für die Menschen, die aus der Ukraine fliehen, aber auch für jene Russen, die sich diesem Krieg verweigern. Dies sei ein Akt des Friedens. Zu den Kriegsursachen und Motivation sagte er unter anderem:

„Ja, die NATO, der Westen insgesamt hat seit 1990 viele Fehler gemacht. Es gab an vielen Stellen die Möglichkeit, eine solche wiedererstehende bipolare Systemkonfrontation, die es übrigens gar nicht ist, weil die Systeme zumindest ökonomisch gesehen gar nicht mehr so unterschiedlich sind, zu vermeiden. Das wäre möglich gewesen. Dafür, dass das nicht geschehen ist, tragen viele die Verantwortung. [...] Das Motiv für den Überfall auf die Ukraine [ist]: nationalistische, militaristische Großmachtpolitik. Das ist der Hintergrund. Putin hat sehr deutlich gesagt, was er will: Sowjetunion ohne Republiken und ohne Sozialismus. Das ist seine historische Mission, sehr klar. Dass ist das, was übrigens die politische Dimension für uns noch einmal deutlicher macht; denn diese Argumentation kann man nicht nur auf die Ukraine übertragen, sondern faktisch auf jede ehemalige Sowjetrepublik, und zwar ausdrücklich und nur mit der Macht des Stärkeren. Das ist die Ideologie, die diesem Krieg zugrunde liegt. Das ist die zentrale Motivation, um die es hier geht. Das ist die Gefahr.“

Wulf Gallert verwies darauf, dass die Frage nach Reaktionen Europas und der Welt auf Putins Überfall nicht einfach zu beantworten sei, weil der russische Präsident diese auch einkalkuliere und diese ihm als Legitimation und Begründung der nächsten Eskalationsstufe dienten und weil der Präsident die Hand am Atomsprengkopf habe. Das habe er sehr deutlich gesagt. Wulf Gallert schloss mit den Worten: „Lassen Sie uns heute hier ein gemeinsames Signal der Demokraten aussenden für den Frieden, in Verantwortung für das, was wir erleben und was unsere Kinder in der nächsten Generation erleben.“

Wortlaut des Beschlusses:

„Solidarität mit der Ukraine, Völkerrechtsbruch durch Russland verurteilen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag von Sachsen-Anhalt verurteilt den Völkerrechtsbruch Russlands. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Die Inkaufnahme von Toten, das Leid der Zivilbevölkerung in der Ukraine, die Zerstörung der Infrastruktur des Landes wird von der Putin-Administration als Preis einer großrussischen nationalistischen Ideologie in Kauf genommen.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt erklärt seine Solidarität mit der Ukraine und steht an der Seite der Menschen, die durch diesen Krieg bedroht werden.

Wir fordern die Bundesregierung, die EU und die UN auf, alles zu tun, um den Krieg zu stoppen und einen Flächenbrand in Europa zu verhindern.

Wir wenden uns auch an die Bevölkerung Russlands, die im Zweiten Weltkrieg genauso wie alle Völker unendliches Leid erfahren musste: Wenden Sie sich gegen diesen Krieg, in dem es keine Gewinner geben kann. Stoppen Sie diesen Präsidenten und seine Erfüllungsgehilfen!“

#aktuell debattiert

Desaströser Abbau der Schulsozialarbeit

Entgegen den Verlautbarungen des Bildungsministeriums im August 2021 zu einem Ausbau der Schulsozialarbeitsstellen ist daraus ein desaströser Abbauvorgang geworden. Denn die zur Verfügung stehenden ESF-Mittel sind in andere Bereiche abgeflossen, wodurch der Abbau von weiteren 80 bis 100 Schulsozialarbeitsstellen, die bisher rein kommunal getragen waren, im Land festgeschrieben sei. Dies und die katastrophalen Folgen für die Schulsozialarbeit nahm die Linksfraktion zum Anlass einer aktuellen Debatte im Landtag. Der *stellvertretende Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecher **Thomas Lippmann*** verwies in seiner Rede auf die hohe Quote von Schulabbrecher*innen in Sachsen-Anhalt und die notwendige Bewältigung der Pandemiefolgen. Für beide sei die Schulsozialarbeit notwendiger denn je, damit Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern Unterstützungsangebote erhielten. Doch Sachsen-Anhalt schlage hier gerade den umgekehrten Weg ein und zerstöre bewährte Strukturen an Schulen.

„Wir brauchen dringend bessere Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, doch gerade hier hält der Finanzminister die Taschen zu und zahlt lieber hunderte Millionen für die Tilgung von Krediten oder Fonds. Noch bis weit über 2030 hinaus werden zu wenige Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Allein im letzten Jahr sind aus den Personalkostenbudgets für die Schulen mehr als 90 Mio. Euro nicht eingesetzt worden – Geld ist also da. Wir fordern die Koalition auf, ein klares Bekenntnis abzugeben, bis zum Ende der Wahlperiode die Schulsozialarbeit in allen Schulen des Landes sicherzustellen.“

Außerdem müsse das Engagement in den Kommunen angerechnet werden. „Das bedeutet, dass die Landkreise und kreisfreien Städte in dem Maße von der im neuen ESF-Programm verlangten Mitfinanzierung entlastet werden müssen, indem sie nachweislich eigene Schulsozialarbeiter*innen zusätzlich in ihren Schulen einsetzen.“

#Pandemie

Betroffene nicht allein lassen

Die Pandemiepolitik dürfe nicht nur auf gegenwärtige Umstände reagieren, sondern müsse auch die Folgen von COVID-19-Infektionen und die Behandlung von Folgeerkrankungen in den Blick nehmen. Dazu forderte die Linksfraktion die Landesregierung unter anderem auf, für Betroffene sofort Informationsangebote für Long-COVID- und Post-COVID-Erkrankungen zu initiieren. Eine Webseite solle unter anderem Begriffserklärungen, medizinische Angebote von Haus- und Fachärzt*innen, auf COVID spezialisierte Reha-Einrichtungen und Selbsthilfegruppen anbieten.

Die *gesundheitspolitische Sprecherin **Nicole Anger*** betonte: „Long- und Post-Covid-Erkrankte haben mit dauerhaften Erschöpfungszuständen, Kraftlosigkeit, fehlender Konzentration zu kämpfen. Jede noch so leichte Tätigkeit wird zu einer Herausforderung. Aber auch Erkrankungen an Herz und Lunge sind Folge der Corona-Infektion. Betroffene fühlen sich allein gelassen, ihnen fehlen Informationen für Ansprechpartner*innen zu Long- und Post-Covid im Land. [...] Es gibt Fälle, wo die Menschen seit mehr als 1,5 Jahren an diesen Folgen leiden. Es hängt quasi vom Zufall ab, ob behandelnde Ärzt*innen sich mit dem Krankheitsbild auskennen. Wir brauchen eine klare Strategie, die langfristig ansetzt und klärt, wie wir mit Folgeproblematiken von Corona umgehen werden.“

Notwendig seien ein konkretes Angebot für Kur- und Rehamaßnahmen und der Ausbau der Beratungs- und Hilfsangebote, da die Bedarfe mit den bestehenden Strukturen nur schwer abgedeckt werden könnten. Die Sensibilität bei den Mediziner*innen für diese Erkrankungen müsse erhöht und sie müssten bei den Behandlungen unterstützt werden.

„Die Realität ist, dass Sachsen-Anhalt schlecht auf die Endemie, die nach der Pandemie kommt, vorbereitet ist. An Long- oder Post-Covid Leidende brauchen bei der Behandlung dringend Unterstützung. Wir brauchen spezialisierte Ambulanzen im Land. Der Weg über die Unfallkasse oder die Berufsgenossenschaft trägt nicht dazu bei, dass schnell Klarheit für die Betroffenen hergestellt wird. Frauen sind häufiger von Long-Covid betroffen als Männer, damit haben diese Erkrankungen auch sozialökonomische Aspekte. Lassen Sie uns beginnen, etwas für die von Post-Covid-Betroffenen zu tun“, schloss Nicole Anger ihre Rede.

Der Antrag wurde in die Fachausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen

Energiepreise

Menschen von steigenden Energiepreisen entlasten

Aufgrund der weiteren drastischen Preissteigerungen für Strom, Heizung, Kraftstoffe aber auch für Lebensmittel leiden viele Verbraucher*innen und Verbraucher unter hohen Lebenshaltungskosten. Die Inflationsrate liege so hoch wie seit 1993 nicht mehr, formuliert die Fraktion DIE LINKE in ihrem Antrag. Die Teuerungen stellten auch insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in Sachsen-Anhalt vor massive Probleme. Die von der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen reichen nach unserer Ansicht bei weitem nicht aus, um die prekäre Situation insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen und Sozialleistungsempfänger zu mildern.

Kerstin Eisenreich, Sprecherin für Energie und Verbraucherschutz sagte in ihrer Einbringungsrede: „Für ca. 20 Prozent der Menschen in Sachsen-Anhalt ist die Situation besonders dramatisch. Diese gelten aufgrund ihres geringen Einkommens als arm. Während immer mehr Menschen prekär leben, füllen sich Eigentümer von Lidl, Aldi und Co. die Taschen mit riesigen Profiten. Hier muss endlich eine Umverteilung passieren, damit die Menschen, die am meisten unter den hohen Preisen leiden, endlich eine gerechte Unterstützung erfahren.“

Sie forderte die Landesregierung auf, sich auf der Bundesebene für weitergehende Maßnahmen einzusetzen. Denn weder die bisher angekündigte Einmalzahlung des Heizkostenzuschusses noch die jetzt versprochene Einmalzahlung eines Corona-Zuschusses für besonders Bedürftige von 100 Euro könnten die Not tatsächlich lindern. „Noch dazu werden die Auszahlungen frühestens im Sommer beginnen. Die Probleme der Menschen sind aber jetzt akut! [...] Wir fordern für alle, deren Einkommen unter der Armutrisikoschwelle liegt, einen Sofortzuschuss von 200 Euro pro Person.“ Sie skandalisierte die kürzliche Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatz um drei Euro und forderte mittelfristig mindestens 658 Euro. Kurzfristig sollten sowohl die Sätze für Arbeitslosengeld II als auch Grundsicherung wenigstens um die Höhe der Inflationsrate erhöht werden. Wohngeldanpassung, die vollständige Übernahme des CO²-Preises durch die Vermieter*innen als Anreiz zur Umstellung auf erneuerbare Energien, statt Erhöhung der Pendlerpauschale ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld, unabhängig vom genutzten Verkehrsmittel für alle Pendler*innen, sind weitere Forderungen des Antrages.

Auch für die kleinen und mittleren Unternehmen, die Grundlage der Wirtschaft im Land, fordert DIE LINKE mehr Unterstützung von Bund und Land ein. Neben den nunmehr vorgeschlagenen Steuererleichterungen und Verlängerung von Kurzarbeitergeld müsse Sachsen-Anhalt diesen Unternehmen Unterstützung bei der derzeitigen Kostenbewältigung und auch die Chance geben, ihre Wirtschaftsweise hin zu mehr Effizienz, Ressourcen- und Energieschonung umzustellen. Förderprogramme zur energetischen Sanierung und Modernisierung müssten fortgesetzt, Strompreise stärker überwacht und ein schärferes Kartellrecht im Bereich von Strom, Gas und Öl durchgesetzt werden.

Zugleich müsse der Ausbau erneuerbarer Energien stärker dezentral passieren und damit einhergehen, dass die Menschen unmittelbar vor Ort direkt davon profitieren. Parallel dazu müssen die für die Daseinsvorsorge notwendigen Strom- und Wärmenetze in öffentliche Hand überführt und stärker demokratisch kontrolliert werden.“

Der Antrag wurde zur Beratung in die Fachausschüsse überwiesen.

+ + kurz berichtet + + kurz berichtet + + kurz berichtet +

Bäume pflanzen für den Klimaschutz

Mit der Aufnahme des Klimaschutzes als Staatsziel in die Landesverfassung, hat sich auch der Landtag, der selbst jährlich schätzungsweise 695 Tonnen Kohlendioxid ausstößt, verpflichtet, den eigenen CO²-Fußabdruck zu verringern. Dazu werden jährlich Gelder als CO²-Kompensation an verschiedene Klimaschutzprojekte ausgereicht. Für 2021 wurden 14.600 Euro im Ältestenrat festgelegt, die an die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald gingen und mit denen insgesamt 4,7 ha Wald in diesem Frühjahr wieder bewaldet werden. Am 26. Februar fand im Auenwald des Dessau-Wörlitzer Gartenreiches eine gemeinsame Pflanzaktion zur Wiederaufforstung einer abgestorbenen Waldfläche mit Stieleichen und Flatterulmen statt.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 27. Februar 2022

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Februar 2022 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.
Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.